

Unser Standpunkt zu Studiengebühren

Studiengebühren werden immer wieder zum Thema gemacht und oft wird hier nur sehr oberflächlich diskutiert. Weil in vielen Fällen gar nicht definiert ist, was Studiengebühren überhaupt sind.

Faktisch gibt es die Studiengebühren schon lange. Einmal in Form von "Semesterbeiträgen", die jeder Student in Deutschland zu entrichten hat. Je nach Hochschule betragen diese zwischen 70 und 200 Euro. Dieses Geld dient aber nicht der Bildung direkt, sondern allgemeinen Belangen (Bus- und Bahnticket, Mensa, Studentische Gremien etc.). Dadurch ist der Student auch verpflichtet sich jedes Semester anzumelden - sonst droht die Exmatrikulation.

Zu den weiteren bereits existierenden Studiengebühren zählen die "Langzeitstudiengebühren" (u.a. in Rheinland-Pfalz). Sie werden verlangt, wenn eine bestimmte Studienzeit überschritten wird. Sie ist von Hochschule zu Hochschule ganz unterschiedlich. Und soll einfach nur davon abhalten, dass Studenten ihr Studium zum "Nebenjob" machen und sie zu mehr Disziplin verpflichten. Über den Sinn dieser Regelung kann man streiten, insbesondere ist hier die Frage relevant, ab welchem Semester diese "Extra-Gebühren" verlangt werden.

Wenn man aber heutzutage über die Einführung von Studiengebühren redet und schreibt, meint man "wirkliche" Studiengebühren. Vom ersten Semester an. Das heißt der Student muss in Zukunft nicht mehr nur seinen Lebensunterhalt finanzieren, sondern auch der Hochschule Geld zahlen. Argumentiert wird mit sich dadurch ergebenden größeren finanziellen Spielräumen an den Hochschulen. Es könnten mehr Lehr- und Hilfskräfte eingestellt werden, die oft maroden Gebäude würden renoviert, Labore mit neuem Gerät ausgestattet usw. usf. Man verweist dann gerne an angelsächsische Universitäten. Wo doch alles so perfekt laufen würde und wo auch die weltberühmten Elite-Unis stationiert sind. Und wer will schon nicht die besten Akademiker in seinem Land haben? Aber schauen wir doch mal rüber auf die Länder Amerika, Australien und Großbritannien.

USA:

- Einführung 1975
- Je nach Studiengang pro Jahr: 10.000 - 30.000 Dollar
- Sehr starke Unterschiede bei der Qualität zwischen den Colleges
- Der Staat finanziert nur noch max. 50% der Kosten an den Unis
- Ein Jahressatz Studiengebühren frisst ein ganzes Jahreseinkommen (Darlehens-rückzahlung)
- Da Collegeabgänger auch später an die Universitäten spenden, werden Studenten aus reichen Familien bevorzugt und trotz schlechten Noten aufgenommen

- Sozialschwache werden generell benachteiligt: Sie können sich die Vorbereitungskurse für die Einstellungstests nicht leisten (dieser Markt boomt), sie können kein sog. Bildungssparen machen (Abschreiben der Bildungskosten), da sie nicht über das dafür nötige Einkommen verfügen. Z.B. gibt es auch die Möglichkeit, die Studiengebühren vorab zu bezahlen, dadurch wird man aus den fast jährlichen Gebührenerhöhungen ausgenommen - für die unteren Gesellschaftsschichten überhaupt nicht finanzierbar.

- Nach 30 Jahren permanenter Verschlechterung der Zugangsbedingungen und der Durchschnittsqualität fordern immer mehr Amerikaner die Abschaffung der Studiengebühren. Die Regierung wird aufgefordert, endlich die Verantwortung zu übernehmen für ein Feld, das ihre Existenzberechtigung überhaupt ermöglicht
- **die freie Bildung.**

Australien:

- Einführung 1988
- Je nach Studiengang pro Jahr: 7.000 - 14.000 Euro
- Darlehen wird gewährt bei sozial schwächer gestellten Studenten. Aber sie müssen dafür 25% mehr bezahlen als ihre Mitstudenten, die gleich bezahlen können (dadurch zahlt jemand mit Darlehen bis zum dreifachen mehr, als derjenige aus besser gestellten Familien)
- Jede Hochschule kann 25% ihrer Studienplätze "verkaufen". Hier werden die Zulassungsnoten herabgesetzt. "Reiche" können sich Plätze erkaufen ohne dementsprechende Noten aufweisen zu müssen.

- > Nach Einführung des Systems mit Studiengebühren vor 18 Jahren:
 - Hat sich die Regierung immer weiter aus der Hochschulfinanzierung zurückgezogen und gleichzeitig Gebühren immer weiter erhöht (1988: 250 Euro, 2006: bis zu 14.000 Euro)
 - Die Einkommensschwelle für die Rückzahlungsverpflichtungen (von Darlehen) wurde immer weiter gesenkt

Großbritannien

- Einführung im Jahr 1998
 - Anfangs 1.600 Euro pro Jahr, mittlerweile bis zu 4.500 Euro
 - Je nach Einkommen muss nur ein Teilbetrag bezahlt werden (50% zahlen den vollen Betrag)
 - Abgezahlt wird erst nach dem Studium, verzinslicht natürlich
- > Aussicht: Psychologische Barriere der Verschuldung und hohe Kosten eines Studiums schreckt Jugendliche aus unteren Schichten ab. Rückzahlungssummen steigen, Einkommensgrenzen, ab denen zurückgezahlt werden muss, sinken. Der Staat zieht sich immer weiter aus der Finanzierung der Universitäten zurück.

In allen drei Ländern sehen wir immer wieder die eine Kernaussage:

Der Staat stiehlt sich aus der Finanzierung der Hochschulen!

Genau diesen Weg wird auch Deutschland gehen, wenn Studiengebühren als "Allheilmittel" flächendeckend eingeführt werden. Erste Symptome sind schon zu erkennen. Schauen wir nach Hessen. Dort hat im Jahr 2004 Roland Koch, als einer der größten Befürworter der Studiengebühren, die sog. "Verwaltungsgebühren", die als Bestandteil der üblichen Semesterbeiträge gelten, landesweit um 50 Euro erhöht. Er machte überhaupt keinen Hehl daraus, dass dieses Geld direkt in die Schuldentilgung fließen würden, und die Hochschulen von diesem Geld keinen müden Groschen sehen würden.

Dieser Weg ist vorgezeichnet und wird keineswegs die Budgets der Hochschulen erhöhen sondern eher senken. Die Qualität wird sinken. Um dies zu vermeiden werden sich zehn bis zwölf Elite-Unis herausbilden, die sehr hohe Gebühren verlangen werden. Die weder von den Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien bezahlt werden können, noch von der Mittelschicht ohne Schuldenmachen finanzierbar sind. Mal ganz davon zu schweigen, dass sich in Deutschland noch keiner der Gebührenbefürworter ernsthaft Gedanken über ein erfolgreiches Stipendiensystem gemacht hat.

Die WASG und viele andere Initiativen sehen Studiengebühren als ein total falsches Instrument der Hochschulfinanzierung. Bildung, auch die an Universitäten und Fachhochschulen, soll weiter ein öffentliches Gut bleiben und damit für jeden zugänglich sein. Die soziale Herkunft soll und darf nicht ausschlaggebend sein, ob man studieren geht oder nicht. Wenn wir diesen Weg beschreiten, verschleudern wir Ressourcen in unserem Land. Die WASG fordert die Regierung und die Beteiligten auf, sich nicht aus der Bildung zu stehlen und sie zu privatisieren, sondern vielmehr in sie zu investieren.

Es gibt Alternativen zu Studiengebühren.

Andre Thiessen (WASG-KV-Birkenfeld)

v.i.s.d.P. Andre Thiessen, Hoppstädten